

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 33

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moritzpl. 8653.

Berlin, den 14. August 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonnenzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 33. Wochenbeitrag für 1921 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Sozialbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen die folge wöchentlich in

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.
Rehheim (Nahr)	20 Pf.	20 Pf.
Neuruppin	30 „	15 „
	Beitragsklasse	
	4 und 5	2
Kachen	1.— Mk. 70 Pf.	45 Pf. 40 Pf.

2. Vom Reichstarif für das Buchbindergewerbe ist die alte Auflage vergriffen, ein Neudruck konnte aber noch nicht fertiggestellt werden, weil die diesmal gemeinschaftlich mit dem Arbeitgeberverband vorzunehmende Feststellung und Korrektur des Wortlauts und das Ortsklassenverzeichnis sehr viel Zeit erfordert und noch nicht erledigt ist. Eingegangene Bestellungen auf Lieferung von Tarifen können deshalb einstweilen nicht erledigt werden.

Ob es angeht der bereits beantragten neuen Verhandlungen jetzt überhaupt noch ratsam ist, den Tarif vorher drucken zu lassen, erscheint uns fraglich. Sobald Bestimmung darüber getroffen, erfolgt weitere Bekanntmachung.

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts ist in Hannover der Buchbinder Ernst Rosenthal, geboren am 3. Mai 1871 in Burgwedel (B.-Nr. 6990).

Der Verbandsvorstand.

Die neuen Preissteigerungen.

Eine neue große Teuerungswelle ergießt sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht minder fühlbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungsteile der gewaltigen Lastenvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der ADGB hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuer-

lich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotteuerung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erläuterung ab, daß

im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preisföpfung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei.

Diese hier erhoffte Preisföpfung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen auf neue preissteigernd wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesundem Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft befunden will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reiche rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen schrecken vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Th. Leipart.

Neue Lohnverhandlungen vor Ablauf der Verträge.

Die in diesen Tagen eintretende ungeheuerliche Steigerung der Brotpreise und die bereits seit Wochen ganz wesentlich gestiegenen Preise einer Reihe anderer Lebensmittel hat auch unter den Angehörigen unseres Berufes recht lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. In zahlreichen Zuschriften der einzelnen Mitgliedschaften an den Verbandsvorstand wird daher die Forderung erhoben, es müsse unverzüglich die Forderung nach höheren Löhnen den Unternehmern unterbreitet werden, da man mit den derzeitigen völlig unzureichenden Löhnen unmöglich bis Ende September auskommen könne.

Der Verbandsvorstand, der seit Beginn der neuen Teuerungswelle aufmerksam die Entwicklung verfolgt hat und Beratungen an anderen Stellen schon mit bewohnte, hat nunmehr beschlossen, die Unternehmerverbände, mit denen wir im Tarifvertrag stehen, um Verhandlungen wegen Erhöhung der Löhne anzugehen. Die Apiverbände haben wir ersucht, in der letzten Augustwoche Lohnverhandlungen mit uns zu führen, und auch die Verbände der Etuis- und Kartonnagenfabrikanten werden wir in diesen Tagen ersuchen, vorzeitig mit uns in neue Lohnverhandlungen einzutreten. Wir hoffen, daß sich die Arbeitgeber der Pflicht nicht entziehen, schon vor Ablauf der geltenden Verträge höhere Löhne zu bewilligen, und erwarten, daß unseren Forderungen im weitgehendsten Maße Rechnung getragen wird. W.

Der Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe.

Auf allen Verbandstagen unserer Organisation ist die Frage, wie wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Berufsangehörigen möglichst günstig gestalten können, eine der wichtigsten und brennendsten gewesen. Und das ist ganz natürlich, denn darum haben wir uns in der Hauptsache in einer Organisation zusammengeschlossen, um in Gemeinschaft — weil wir es einzeln nicht vermögen — unsere Lohnverhältnisse den jeweiligen Lebenshaltungskosten anzupassen. Da nun an dieser Frage jedes einzelne Mitglied der Organisation, gleichviel ob es in der Großstadt oder in einem kleinen Landstädtchen tätig ist, im selben Maße interessiert ist, andererseits auf Grund langjähriger Erfahrungen in allen Berufen sich ergab, daß die an den kleineren Plätzen arbeitenden Mitglieder aus eigener Kraft meistens nicht in der Lage waren, ihre Löhne denen der Großstadt anzupassen, so wurde die Schaffung eines Reichstarifs, in dem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufsangehörigen einheitlich geregelt sind, als eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation bezeichnet. Und unser letzter Verbandstag in Würzburg forderte einmütig, die Leitung der Organisation solle sich um das Zustandekommen eines Reichstarifs bemühen.

Nach schier unendlichen, unsagbar schwierigen Verhandlungen gelang es endlich im Verlaufe des vergangenen Jahres, einen Reichstarif für die Kollegenchaft der Buchbinderei zu schaffen, dem aber vom ersten Tage der Geburt an scharfe Widersacher in den großen Städten erwuchsen. Die dauernde Steigerung der Lebenshaltungskosten und die bald nach Inkrafttreten des Reichstarifs einsetzende Wirtschaftskrise brachte es mit sich, daß die vorgeesehenen Löhne in keinem natürlichen Verhältnis zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten standen. Von Lohnperiode zu Lohnperiode ward das Verhältnis ungewisselt ungünstiger, und mehr denn einmal war der Tarifauschuß sich im Zweifel, ob er unter den jeweiligen Umständen ein neues Lohnabkommen mit den Apiverbänden eingehen könne. Wenn er es dennoch tat, so hatte er seine gewichtigen Gründe dafür, auf die hier einzugehen sich verbietet. Auch der Neuausschuß, den der Tarifauschuß im Juni in Weimar tätigte, war ein solcher, von dem sich jedes einzelne Tarifauschlußmitglied sagte: Auch diesmal werden große Kreise unserer Mitglieder unsere Haltung nicht verstehen. Man war sich keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß nach dem Abschluß in Weimar die schon vorhandene Unzufriedenheit noch schärfere Formen annehmen

würde, und dennoch kam der Tarifausschuß zu der Entscheidung, den bestehenden Lohnvertrag ohne jede Vohrverhöhung zu verlängern. Auch diesmal hatte selbstverständlich unsere Verhandlungskommission ihre sehr gewichtigen Gründe für ihre dem Fernstehenden so wenig verständliche Entscheidung. Sie entschied sich wie gesehen gewiß nicht leichtem Herzen, aber der nüchternen, kühlen Verstand gebot im Augenblick ein solches Handeln.

Unsere Kollegen dürfen nicht verkennen, daß wir unsere Verhandlungen nicht — wie zum Beispiel der Buchdruckerverband — mit einer Organisation führen, sondern mit fünf bzw. sechs verschiedenen Verbänden. In Bismarck saßen am Verhandlungstisch: Der Verband Deutscher Buchbinderbesitzer, der Reichsverband der Buchbindervereine, der Deutsche Buchdruckerverein, die Geschäftsbücherfabrikanten, die Briefumschlagfabrikanten und der Bund Deutscher Buchbinderinnungen. Ein solches Ragout von Verbänden erschwert natürlicherweise die Verhandlungen ganz außerordentlich. Man mußte beispielsweise zugeben, daß die Arbeitslosigkeit in der Großbuchbinderei eine sehr geringe war, in der Geschäftsbücherfabrikation war sie unzweifelhaft besser. In der einen Gruppe der Arbeitgeberverbände finden sich Unternehmer, die geneigt wären, der Gehilfenschaft Zugeständnisse zu machen, und in der anderen Gruppe finden sich die allergrößten Scharfmacher, die aus Prinzip jede Forderung der Gehilfenschaft ablehnen. Die hier in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände haben unter sich ganz und gar entgegengelegte Interessen. Der BDB ist beispielsweise mit uns gemeinsam bestrebt, dem Reichsakkordlohnstarif die allergrößte Ausbreitung zu geben, während die Herrschaften vom Geschäftsbücherfach sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, daß der Akkordlohnstarif auch auf ihre Betriebe übertragen wird. Dazu kommen Organisationsinteressen der verschiedenen Unternehmergruppen, die die Verhandlungen ungemein erschweren. Ich verweise nur darauf, daß der Reichsverband der Buchbinder eine Oppositionsgründung ist gegenüber dem BDB, usw. Das alles zusammengezogen schafft für unsere Unterhändler oftmals eine Lage, wie sie den verwandten Berufen ganz unbekannt ist und die zu meistens alle unsere besten Unterhändler sich die allergrößte Mühe geben müssen. Weiter kommt dazu der leidige Streit über die Frage der Arbeitszeit. Bei der einen Gruppe haben wir die 46stündige, bei der anderen die 48stündige Arbeitswoche. Die eine Gruppe erklärt: Vereinbart mit uns die gesetzliche Arbeitszeit, wie sie für die meisten der am Reichstarif beteiligten Betriebe in Kraft ist, dann sind wir bereit, Lohn-erhöhungen zuzugestehen. Bei den Eisenacher Verhandlungen im Vorjahre war man bekanntlich bei jener Arbeitgebergruppe bereit, bis zu 40 Mk. die Woche zuzulegen. Die anderen Arbeitgebergruppen erklären demgegenüber wieder, wir haben kein Interesse an dieser Frage und können auch dann Lohnzugeständnisse nicht machen, wenn die Arbeitszeit eine einheitliche wird, weil unsere Betriebe eine Lohn-erhöhung nicht mehr vertragen. Wieder eine andere Arbeitgebergruppe erklärt, wir haben Verständnis dafür, daß die Buchbinder in bezug auf Ferien und Bezahlung nicht von den Buchdruckern weit entfernt sein dürften, aber wir können allein keinen Abschluß tätigen, wir müssen uns mit den übrigen Arbeitgeberorganisationen solidarisch erklären, und so geht das im Kreise herum. Daß auf Grund all dieser Erscheinungen das Ergebnis unserer Verhandlungen manchmal leiden mußte, dürfte denn wohl begreiflich erscheinen.

Nun bin ich mir und ohne Zweifel auch die Kollegen vom Tarifausschuß vollkommen klar darüber, daß es so nicht ewig weiter gehen kann. Denn schließlich können wir nicht auf die Dauer auf Grund zentraler Vereinbarung einen Zustand sanktionieren, nach dem die Kollegenschaft im Buchbindergewerbe in ihrem Lohnverhältnis um ein ganz erhebliches hinter der übrigen verwandten Arbeiterschaft zurückbleibt. Das sollten eigentlich auch die Unternehmer einsehen, daß wir eine solche Tarifpolitik nicht treiben können, es sei denn, wir müßten die Absicht haben, unsere Organisation in Stücke schlagen zu lassen. Das aber kann nicht unsere Aufgabe sein. Der Verbandsvorstand und der Tarifausschuß werden daher in der kommenden Tagung ganz eingehend zu prüfen haben, ob mit den Papierbänden noch weiter auf zentraler Weise die Lohnvereinbarungen ge-

regelt werden können. Vermögen sich die Papierbände bei den Verhandlungen nicht zu entschließen, die jetzt bestehenden Lohn Differenzen zwischen unseren Berufsgenossen und denen der übrigen Arbeiterschaft auszugleichen, indem sie uns in entsprechender Weise unsere Forderungen bewilligen, dann müssen wir notgedrungen Abstand nehmen von einer weiteren zentralen Lohnvereinbarung.

Ich bin mir natürlich auch darüber klar, daß wir bei dem Versuch, auf dem Wege der betrieblichen oder betrieblichen Verhandlung zu unserem Recht zu kommen, auch die allergrößten Widerstände durch die Unternehmer haben werden. Dessenungeachtet werden wir vor den zu erwartenden Kämpfen nicht zurückschrecken dürfen. Im Gegenteil: Werden wir jetzt frei vom Tarifvertrag, ich möchte sagen: gezwungenermaßen durch das ungenügende Entgegenkommen der Arbeitgeber, dann heißt es für alle unsere Ortsgruppen: Auf zum Kampfe auf der ganzen Linie. Wir werden dann dem vereinigten Unternehmertum zeigen müssen, daß wir noch sind, was wir immer waren, eine Kampforganisation im wahrsten Sinne des Wortes. B.

Sonderbare Praktiken der Api-Geschäftsstelle.

Wir mußten schon mehrfach die Beobachtung machen, daß die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industriellen in Berlin an ihre Mitglieder im Reiche bei Anfragen über den Sinn dieser oder jener tariflichen Bestimmungen des Reichstarifs oder der Bezirksstarifs Auskünfte gibt, die oftmals gerade das Gegenteil von dem sind, was richtig ist. An sich ist es natürlich das gute Recht jeder Organisationsleitung, ihren Mitgliedern, oder auch anderen, wenn es verlangt wird, Auskunft zu geben über die Bestimmungen der Tarifverträge. Doch setzt man dabei ohne weiteres voraus, daß die Auskunft gebende Stelle sich der größten Objektivität befleißigt und nicht den Anlaß dazu gibt, daß die Bestimmungen der Verträge in das Gegenteil verkehrt werden. Wenn, wie im nachstehenden Falle, ganz allgemein durch eine Zeitung in aller Öffentlichkeit Fragen gestellt werden und dann in derselben öffentlichen Weise die Antwort gegeben wird, dann sollte man doch wohl doppelt vorfichtig sein.

Wir lesen in der letzten Nummer der „Papierzeitung“ folgende Frage, unterzeichnet: Papierverarbeitendewerk.

In dem Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Tinten- und Beutelfabrikation in Sachsen, Thüringen und Anhalt steht es unter A. Lohnstarif, Facharbeiter (ungelehrte Arbeiter), Stanzler, Papierstecher, selbständige Pader, Geiger über 24 Jahre alt.

Wir sind mit den Pädern in Streitigkeiten deshalb gekommen, weil wir nicht sämtliche Pader als selbständige Pader bezeichnen und bezahlen. Wir bitten um Auskunft, was unter einem selbständigen Pader zu verstehen ist.

Der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen antwortete dazu:

„Mit der Bezeichnung „selbständiger Pader“ sollte gesagt sein, daß es sich um ältere, erfahrene Arbeiter handelt, die sowohl Wareneinde bestehen, daß ihnen sämtliche Arbeiten des Paders mit der Gewißheit vollkommener Zuverlässigkeit anvertraut werden können. Es muß sich also um eine verantwortliche Tätigkeit handeln. In Spezialfabriken, die hauptsächlich nur mechanisch hergestellte Sonderzeugnisse in großen Mengen auf den Markt bringen, die Tätigkeit des Paders also als eine rein schematische erscheint, fällt unter den Begriff selbständiger Pader nur derjenige, der die Verantwortung für die Richtigkeit der Lieferung zu tragen hat, für den sich also mit der reinen Handarbeit auch eine Mengen- und Qualitätskontrolle verknüpft.“

Diese Auskunft der Api-Geschäftsstelle ist total falsch. Die Parteien haben mit dieser Bezeichnung keineswegs zum Ausdruck bringen wollen, daß es ein „älterer, erfahrener Arbeiter sein muß, der über ein bestimmtes Maß von Wareneinde verfügt“. Sie haben auch nicht sagen wollen, daß es sich um eine verantwortliche Tätigkeit handeln muß. Geradezu unsinnig, aber ist die Bemerkung, daß „in Spezialfabriken, die hauptsächlich nur mechanisch hergestellte Sonderzeugnisse in großen Mengen auf den Markt bringen“, nur derjenige als selbständiger Pader gelten soll, der die Verantwortung für die Richtigkeit der Lieferung zu tragen hat, und wie es dann weiter schon heißt, „für den sich also mit der reinen Hand-

arbeit auch eine Mengen- und Qualitätskontrolle verknüpft“.

Nach dieser Auslegung würde ohne Zweifel der größte Teil der Arbeiter, die als Pader tätig sind, zu geringeren Löhnen arbeiten müssen, als wie die Vertragspartei es gewollt haben.

In Wirklichkeit ist es so, daß als selbständiger Pader derjenige anzusehen ist, der im Betriebe die Arbeit des Paders in der Regel ausübt. Man wollte solche Arbeiter, die nur nebenbei, weil für sie vielleicht gerade einmal eine andere Arbeit nicht da ist, gelegentlich einmal etwas mit einpassen, nun nicht gleich deswegen den höheren Lohn zahlen, sondern eben nur dem Arbeiter, der tatsächlich der Pader ist und nur deshalb wählte man den Ausdruck „selbständiger Pader“. Wer also in den Betrieben durchweg als Pader tätig ist, soll den Lohn erhalten, wie für selbständige Pader vorgesehen ist.

Ganz allgemein möchten wir zu dieser Sache noch sagen, daß angesichts solcher Methoden der Api-Geschäftsstelle es Aufgabe unserer Unterhändler sein muß, dafür Sorge zu tragen, daß in ähnlichen Fällen ihre Vereinbarung verstanden wissen wollen. B.

Der Streit um den Reichstarif in Brieg.

Wie in dem Kreise der Kollegenschaft allgemein bekannt sein dürfte, hat in Brieg der Reichstarif seinen Eingang noch nicht gehalten. Die beiden großen Geschäftsbücherfabriken L. T. Heinz und W. Löwenthal hatten bisher noch jede ihren eigenen Hausstarifvertrag, der in seinen Lohnsätzen die des Reichstarifs nicht erreichte. Der Hausvertrag der Firma Löwenthal, der mit dem dortigen Betriebsrat vereinbart wurde, ist Ende Mai zum 30. Juni gekündigt worden. Daraufhin wandte sich unser Gauvorstand in Breslau mit der Anfrage an die Firma, ob sie nunmehr gewillt sei, dem Reichstarifvertrag beizutreten und denselben in ihrem Betriebe zur Durchführung zu bringen. Eine Antwort darauf blieb aus. Nachdem die Kündigungsfrist abgelaufen war, teilte unser Gauvorstand der Firma mit, daß es das Ausbleiben einer Antwort auf seine Anfrage als eine Ablehnung des Reichstarifs werten müsse und die dadurch geschaffene Situation demnach mit der Arbeiterchaft des Betriebes und ihrer Vertretung besprechen würde. Noch bevor diese Aussprache stattfand, ging auf dieses zweite Schreiben eine Antwort ein, in der eingangs betont wird, daß man nach wie vor den Reichstarif aus Gründen der Erhaltung des Betriebes ablehnen müsse und deshalb Verhandlungen über denselben grundsätzlich nicht stattfinden könnten. Die Anfrage unseres Gauvorstandes habe daher nicht als ernsthaft gestellt aufgefaßt werden können. In dem weiteren Inhalt des Schreibens wird dem Gauvorstand zum Vorwurf gemacht, daß die Art der Vertretung der Arbeiterinteressen die Arbeiterchaft des Betriebes schon erheblich geschädigt habe, denn auf den Einfluß des Gauvorstandes und danebenher auch auf die scharfen, beleidigenden und sachlich in keiner Weise motivierten Angriffe auf den Arbeiter- und die Betriebsleitung wäre es zurückzuführen, daß letztere nicht aus freien Stücken das alte Hausabkommen verlängert hat, das der gesamten Belegschaft des Betriebes ihre Existenz gesichert habe.

Die Folge der Agitation des Gauvorstandes sei, daß die Firma seit Wochen langfristige Aufträge, die sie hätte erhalten können, nicht übernommen habe, da eine Klärung bezüglich der zukünftigen Löhne nicht bestand. Schon Ende Mai sei der Betriebsausschuß darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Juli die Beschäftigung knapp werden würde, wenn bezüglich der Löhne nicht feste Unterlagen gegeben würden. Anstatt dessen sei inzwischen wieder die irrische Forderung unseres Gauvorstandes nach dem Reichstarif gekommen, der mit seinen Anforderungen einigen hundert Arbeiterinnen, die billige Exportware herstellen, die Beschäftigung rauben würde. Daß inzwischen tatsächlich die Arbeit in einzelnen Abteilungen auszuliegen beginnt, sei der Verschleppungspolitik unseres Gauvorstandes zuzuschreiben. Schließlich wird betont, daß die Firma dem Gauvorstand nur deswegen eine Antwort gebe, damit er nachher keinerlei Entschuldigungsgründe habe, wenn die entsprechenden, von der Firma in Aussicht gestellten Folgen eintreten würden, sondern sich unser Gauvorstand seiner Verantwortung bewußt wird, wenn durch sein Vorgehen es zu keiner Lohnvereinbarung für das nächste Halbjahr kommen würde. Schließlich betont die Firma, daß Verhandlungen über etwaige Lohn-erhöhungen vollkommen aussichtslos sind und überhaupt keinen Zweck haben. Ein gezieltes Weiterarbeiten für den Betrieb wäre nur dann möglich, wenn die alten Löhne und Vertragsbedingungen auf ein weiteres halbes Jahr verlängert würden, und zwar ohne die geringste Minderung, da diese wieder-

um eine Erhöhung der Preise für die Erzeugnisse mit sich bringen würde, die im Augenblick unmöglich sei. Auch mit einer kurzfristigen Verlängerung des alten Vertragsverhältnisses will sich die Firma nicht begnügen, da es sich für die meisten Abteilungen des Betriebes darum handelte, langfristige Exportaufträge zu machen, wenn die Firma den so sehr vergrößerten Betrieb weiter durchbeschäftigen will. Solche Abschlüsse sind aber nur zu erwarten, wenn die Firma sechs Monate Rückendeckung gegen weitere Lohnforderungen erhält. Der gegenwärtige Zeitpunkt wäre für die Arbeiterschaft durchaus geeignet, sich für diese Zeit festzulegen, zumal ja kein Abbau der Löhne verlangt wird, wie er der Verbilligung der Lebensverhältnisse entspräche, die in den letzten Monaten eingetreten sei.

Schließlich erklärte die Firma in dem Schreiben, daß sie die Verantwortung nicht mehr länger auf sich nehmen und den Betrieb in der jetzigen Größe nicht aufrechterhalten könne, wenn nicht in kürzester Zeit ein festes Vertragsabkommen geschlossen wird. Die geldliche Anspannung wachse mit der Größe des Betriebes derartig, daß es in Anbetracht der unklaren wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Verhältnisse für den Arbeitgeber besser sei, mit einem kleinen Betriebe zu arbeiten, dessen regelmäßige Durchbeschäftigung und Ausnutzung wesentlich rationeller wäre und auch nicht derartig viele Sorgen mache wie der jetzige, vergrößerte Betrieb. Schließlich wird betont, daß sie seit Wochen auf die Arbeiterschaft nicht die geringste Einwirkung ausgeübt habe, da es ja in erster Linie das Interesse der Arbeiterschaft selbst wäre, das eine Verlängerung des Vertragsverhältnisses erheischt. Die Geschäftsleitung würde ihrerseits dem weiteren Verlauf der Verhandlungen mit Ruhe entgehen, da sie seit Jahren in vorbildlicher Weise bemüht gewesen sei, Arbeit zu beschaffen, um die einmal angestellten Leute durchzuhalten. Auf dem Gauvorstand unseres Verbandes läge die Verantwortung, ob er mit Aufstellung neuer Forderungen und Entstellung der Lasten wie früher das Vertrauensverhältnis im Betriebe erschüttern oder die jetzt vorhandene Zufriedenheit bestehen lassen will. Wenn er es aber wieder vorziehen sollte, im Interesse der großstädtischen Arbeiterschaft Süds- und Westdeutschlands Forderungen zu erheben, deren Nichterfüllbarkeit für Schleien ihm längst bewußt sein müsse, so trage er allein die Verantwortung. Auf ein Entgegenkommen der Firma habe er auf keinen Fall zu rechnen. Am Schluß wird in dem Schreiben noch zum Ausdruck gebracht, daß die Firma die Verhandlungen mit dem Kollegen Bruds ablehnt und es der Gewerkschaft überläßt, einen anderen Vertreter mit der Aufnahme der Verhandlungen auf den oben von der Firma dargelegten Grundlagen zu betrauen.

Das Schreiben zeigt, wie anpruchslos die Firma ist, sie selbst beklagt sich über Angriffe unserer Verbandsfunktionäre, die erst erwiesen werden müssen, scheint sich aber nicht, dieselben mit ungerechten Vorwürfen zu überschütten, und zwar in einer Tonart, die unseren Funktionären sicherlich nicht eigen ist. Bei der überaus großen Empfindlichkeit, die der Geschäftsinhaber an den Tag legt, scheint ihm das Gefühl dafür abzugehen, welche Beleidigungen und Kränkungen er anderen Menschen zufügt. — Zunächst wurde zu dem Schreiben im Kreise der Funktionäre Stellung genommen. Die Funktionäre halten eine Erhöhung der Löhne für durchaus geboten. Da mittlerweile bekannt geworden war, daß der Buchdruckerhilfsarbeiterverband dabei ist, seinem Reichstarif in Kriegstellung zu verschaffen, glaubten unsere Funktionäre, auch die aufzustellenden Forderungen im Rahmen dieses für die Arbeitnehmerschaft günstigeren Tarifes halten zu können. Ihrem Auftrage entsprechend wandte sich unser Gauvorstand erneut an die Firma, die neuen Lohnvor schläge wurden mit einer entsprechenden Begründung überreicht und zum Schluß gesagt, daß der Arbeiterrat das Verlangen der Firma, mit einem anderen Gewerkschaftsvertreter als dem Kollegen Bruds zu verhandeln, für unberechtigt hält. Ebenfalls wie er die Wahl hat, sich Herren von der Geschäftsleitung zu Verhandlungen auszubitten, müsse er schon verlangen, daß die Verhandlungen mit dem von der Arbeiterschaft bestimmten Vertreter auch geführt werden. Die Firma wurde deswegen er sucht, ihre Bedenken gegen die Person des Kollegen Bruds fallen zu lassen.

Hoffentlich antwortete die Firma nunmehr, daß sie für den nächsten Tag, nachmittags 4 Uhr, eine Betriebsratsitzung in ihrem Betriebe anderaumt habe zum Zwecke der Verhandlungen über die Verlängerung des alten Vertrages. Sie beabsichtigt nicht, die Gewerkschaft von diesen Verhandlungen auszuschließen, falls diese zugegen sein will. Da Kollege Bruds behindert war, nahm nunmehr Kollege Klar an jener Betriebsratsitzung teil, die ergebnislos verlief, weil sich der Vertreter der Gewerkschaft auf den Standpunkt der Firma, die an ihrer Forderung auf Verlängerung des alten Hausvertrages festhielt, nicht zu

begeben vermochte. Nun wurde von Herrn Löwenthal das Verlangen nach einer Belegschaftsverammlung ausgesprochen. Dasselbe fand statt und nahm zu dem Verlangen der Betriebsleitung Stellung. In eingehender Weise wurde dem Personal die Ansicht der Geschäftsleitung über die Notwendigkeit der Verlängerung des alten Hausvertrages vorgetragen, während der Kollege Klar den Nachweis dafür führte, wie notwendig die Einführung des Reichstaries sei. In der Abstimmung wurden dann für den Hausvertrag 146 Stimmen und für den Reichstari 214 Stimmen abgegeben. Dieses Ergebnis behagte der Geschäftsleitung nicht. Erst jetzt fiel ihr auf, daß ein großer Teil der Belegschaftsmitglieder an der Abstimmung nicht teilgenommen habe. Ein Teil der Belegschaft mußte nämlich aussetzen, ein anderer Teil befand sich auf Urlaub, während ein dritter Teil die Versammlung noch vor der Abstimmung verlassen hatte. Es fand nunmehr eine zweite Abstimmung auf Grund der Beschäftigungsliste innerhalb des Betriebes statt. Nachdem der Betriebsdirektor Urban die Leute in seinem Sinne richtig aufgeklärt hatte, ergab die zweite Abstimmung, daß sich nunmehr 247 mit dem Hausvertrag zufriednen und 233 Stimmen für den Reichstari erklärt hatten.

Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses wurde der Arbeiterrat aufgefordert, nunmehr die Verlängerung des alten Hausvertrages zu unterzeichnen. Dies wurde von diesem abgelehnt mit der Motivierung, daß der Abschluß von Kollektivverträgen nicht zu seinem Aufgabebereich gehöre, sondern zu den Befugnissen der Gewerkschaft. Zudem habe das Ergebnis der Abstimmung nur eine so geringe Mehrheit ergeben, daß bei der außerordentlich starken Minderheit, die sich gegen den Hausvertrag erklärt hat, die Fortdauer der Ruhe und Ordnung im Betriebe für die Dauer der Vertragszeit nicht gewährleistet ist. Zudem habe sich ergeben, daß ein Teil der Abstimmenden, nämlich die zuletzt hereinbezogenen, die sich an der Belegschaftsverammlung nicht beteiligt hatten, im unklaren darüber war, um was es sich bei der Abstimmung handle. Sie waren der Auffassung, daß ihnen der neue Hausvertrag auch eine Lohnerhöhung brächte. Als ihnen aber von dem Arbeiterrat klargemacht wurde, daß sie durch die Abgabe ihrer Stimme für den Hausvertrag gegen jede Lohnerhöhung gestimmt haben, zeigten sie sich nicht wenig erstaunt.

Nichtbestoweniger besteht die Geschäftsleitung darauf, daß dieses Abstimmungsergebnis als maßgebend zu betrachten sei und der Hausvertrag angenommen sei.

Man fühlt sich auf das demokratische Prinzip, wonach sich eine selbst noch so große Minderheit der Mehrheit fügen müsse. Schließlich verließ die Geschäftsleitung auf den Gedanken, den Hausvertrag durch einfachen Ausschuss im Betriebe wieder in Kraft zu setzen. Sie verlangte nunmehr vom Obmann des Betriebsrates, daß er den Ausschuss gegenzeichnen soll; auch das wurde abgelehnt. Trotzdem wurde der Ausschuss wie folgt vollzogen:

„Nachdem die Mehrheit der Belegschaft sich für den Hausvertrag entschieden hat, wie er der Betriebsversammlung am 8. Juli vorgelesen wurde, gilt er für die Zeit bis zum 31. Dezember 1921.“

Einige Härten in der Entlohnung einzelner Leute werden von Fall zu Fall berücksichtigt.

Der Vertrag liegt im Lohnbureau zur Einsicht aus.

Gegen diesen Ausschuss hat unser Gauvorstand im Namen unserer Mitglieder Einspruch erhoben und betont, daß weder unser Verband noch seine Mitglieder an diesen gebunden sind. Nunmehr hat der Schlichtungsausschuss das Wort, der von unserem Gauvorstand angerufen worden ist.

Auch die Firma T. L. Heinze hat es abgelehnt, irgendetwelche Zugeständnisse zu machen, so daß auch hier der Schlichtungsausschuss angerufen werden muß.

Berichte.

Barmen-Elberfeld. Es ist Zeit, daß unsere Kollegen sich hier mehr auf sich selbst besinnen und sich bewußt wird, wie es um sie steht. Das im vorigen Jahre erfreuliche Verbands- und Versammlungslieben hat sehr stark nachgelassen. Natürlich zum Schaden der gesamten Berufsangehörigen. Jetzt hat sich eine Gleichgültigkeit breit gemacht, die endlich einmal aufhören muß. Man hört öfter sagen, daß es so mit unseren Löhnen nicht weitergehe. Das ist zu verstehen. Die Konjunktur ist doch so, daß z. B. Mustertartenarbeiter und Kartonnager durchweg mit Überstunden arbeiten. Ebenso die Effekten-schneider. Für Buchbinder ist die in dieser Jahreszeit übliche Saure-Burken-Zeit, die bald vorüber sein dürfte. Die Kollegen aus der Briefumschlagbranche arbeiten noch immer verkürzt und wandern ständig welche in andere Berufe ab. Einige Kartonnagenfabriken lassen dagegen eine ganze Reihe

moschinelier Neuanlagen machen. Jedenfalls aus dem Erkenntnis heraus, daß die kommende Zeit für sie günstig ist; denn die hiesige Textilindustrie ist wieder recht gut im Flor. Aber nichts rührt sich. Den Löhnen der Kartonnager nach zu urteilen, ist dieses die Textilindustrie des Wuppertals. Soll das nun so weiter fortgehen? Darüber müssen wir uns schlüssig werden. Es darf kein Verbandsangehöriger in unseren Versammlungen fehlen. Die Unternehmer werden unsere Not erst anerkennen, wenn jeder sich wieder aufrüstet und tatkräftig mitwirkt, um unseren Tarifunterhändlern gegenüber zum Ausdruck zu bringen, was bei eintretenden Verhandlungen zu tun und zu lassen ist.

Dresden. Am 26. Juli tagte unsere Vierteljahrs-generalsammlung. Zunächst wurden die in der vorangehenden Branchenversammlung getätigten Wahlen bestätigt. Dann gab Lange den Vierteljahrsbericht. Er verwies auf die große Zahl der Veranstaltungen, Verhandlungen und Klagen vor dem Gewerbegericht, Schlichtungsausschuss und den Tarif-schiedsgerichten, dazu die notwendigen Tarifverhandlungen hielten die Angestellten fortgesetzt in Atem. Trotz allem konnten wir unseren Mitgliederbestand auch in diesem Vierteljahr wieder um 481 vermehren. Den Bericht über die Weimarer Verhandlungen erstattete gleichfalls Lange in anschaulicher Weise. Er verstand es ausgezeichnet, den Versammelten ein klares Bild von den zahlreichen Epochen und ähnen Kleintämpfen bei solchen Anlässen zu zeichnen. Es ist ihm schwer, mit dem bekannten negativen Ergebnis vor die Kollegen zu treten. Vorwürfe dürfen aber auch unseren Dresdener Kollegen nicht erspart werden. So haben die Sonderabmachungen, die von unseren Kollegen mit der Firma H. B. Schulze getroffen wurden, mit zu dem ungünstigen Ergebnis beigetragen. In der Debatte gibt Bernhard einen Ueberblick über die Lage in den Buchdrucker- und Annnungsbetrieben. Durch fortgesetzten Kleintampf haben wir es nun endlich erreicht, daß auch die rüch-ständigen Firmen tarifliche Löhne zahlen, doch dürfen wir nicht ablassen, allen zutage tretenden Gelüsten der Arbeitgeber, die Löhne abzubauen, scharf entgegenzutreten. Auch die übrigen Diskussionsredner sagten manches treffende Wort. Die Briefbullenfabrik E. Wager hatte entgegen allen tariflichen Anforderungen eine überaus große Kürzung der Akkordbiene vorgenommen. Durch das Eingreifen der Organi-sation hatte sie sich veranlaßt gesehen, diese Kürzung zu mäßigen, aber auch damit konnten wir uns nicht zufrieden geben. Jetzt hat das örtliche Tarifschieds-gericht einen Spruch gefällt, wonach die Firma die Löhne wieder auf den ursprünglichen Stand zurück-führen und die entstandenen Differenzen nachzahlen muß. Eine Neuregelung der Akkordbiene soll im Einverständnis mit dem Betriebsrat unter Hinzuziehung eines Organisationsvertreters vereinbart werden. Bei dieser Firma erschwerte uns die Zer-spaltung der Arbeiterschaft ganz besonders ein tatkräftiges Handeln. Die Männer gehören zum größten Teil der Allgemeinen Arbeiterunion an. Und es ist bezeichnend für diese radikale Abart der Arbeiter-bewegung, daß einer dieser Unionisten zur Entlassung eines unserer Kollegen beitrug, indem er erklärte, er könne auch noch die Maschinen unseres Kollegen mit-bedienen.

Dann gab Scheibe noch bekannt, daß mit den Zugs-papierfabrikanten ein neues Lohnabkommen vereinbart worden ist. Damit ist nun endlich die Zugs-papierbranche, die unter den rückständigsten Be-dingungen arbeitete, den übrigen einigermaßen gleich-gekommen, doch die drohende allgemeine Verteuerung wird auch dieses Abkommen, gleich den übrigen Tar-ifen, nicht von langer Dauer sein lassen.

Vom Kollegen Vorkert ging ein Antrag ein, eine Jugendsektion zu gründen. Der Leiter des Bildungsausschusses, Fiehnert, berichtete über die bisherigen Bestrebungen, die Jugend zu erfassen. Die Angelegenheit soll weiter verfolgt werden. Weigmann be-rät über einen weiteren Antrag, der „Roten Hilfe“ zur Unterstützung der Familienangehörigen der durch die harten Urteile der Sondergerichte Betroffenen 300 Mk. aus Lotalmitteln zuzuführen. In Anbetracht des politischen Hintergrundes dieses Antrages wird der-selbe nahezu einstimmig abgelehnt und der Antrag-steller auf freiwillige Sammlungen verwiesen.

Dresden. Die Kartonnagenbranche hielt am 26. Juli eine harte beschulte Branchenversammlung ab. Der Obmann Menzer berichtete von den Akkordtarif-verhandlungen mit den Zigarettenfabrikanten. Die Verhandlungen haben nicht das gebracht, was von ihnen erwartet wurde. In der Aussprache wurde all-seitig hervorgehoben, daß man sich nicht auf den be-stehenden Tarif zufriedenneben könnte, sondern daß ein ganz neuer Akkordtarif geschaffen werden müßte, um die Ungerechtigkeiten des jetzigen zu beseitigen. Lange führt den Anwesenden vor Augen, wie durch falsche Vertrauensstellungen solche Beratungen er-schwert werden und verlangt kräftigeres Mitbemühen

der Kolleginnen in den kleineren Betrieben, mehr Anschlag an die Hausarbeiterinnen und zäheste Kontrolle der Entlohnung dieser Sparte. Das Resultat der Debatte verdichtete sich zu dem einstimmig angenommenen Antrag, die Vorlage der Arbeitgeber abzulehnen und neue Verhandlungen einzuleiten. Des weiteren machte Schreiber Ausführungen über die Verhältnisse in den Kartonnagenbetrieben. Infolge der guten Geschäftslage in den Zigarettenkartonnagen sind in letzter Zeit eine Menge Zwergebetriebe entstanden, die ohne Rücksicht auf Arbeitergehälter und Tarifverträge darauf loswirtschaften. Bis tief in die Nacht wird da gearbeitet. In einem Falle konnte sogar festgestellt werden, daß der Zuschneider unter dem Wertfisch geschlafen, um früh gleich wieder zur Hand zu sein. Daueres Annoncieren in der Bürgerlichen Presse führt diesen Betrieben immer wieder neues Menschenmaterial zu, da sich gelernte Arbeiterinnen zu solcher Schmutzkuruz nicht hergeben. Leider kommen die Leute immer erst dann zu uns, wenn sie sich durch unterschriftliche Lehrverträge gebunden haben, die ein hohes auf unsere Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind. Unter anderen Firmen sind es vor allem die Betriebe von Fischer und Prose, Holbeinstraße, die sich auf diese Art unangenehm bemerkbar machen.

Ferner machte Menzer Mitteilung, daß die Arbeitgeber dazu übergehen, die Abmachungen in der Ausschungsfrage durch Veranbarung in der Arbeitsordnung zu umgehen. Leider finden sie bei diesem gegen Treu und Glauben verstoßenden Beginnen die Unterstützung des Schlichtungsausschusses. Er fordert die Kollegenschaft auf, sich energisch dagegen zu wehren und die Unterschrift unter die diesen Paragraphen enthaltenden Arbeitsordnungen zu verweigern. Es ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine besondere Versammlung für Hausarbeiterinnen anzusetzen. Aus der übrigen Tagesordnung ist noch hervorzuheben, daß zwei Ersatzleute in die Ortsverwaltung neu gewählt wurden, da die bisherigen Vertreter ihr Amt niedergelegt hatten. Desgleichen wurde die Branchenkommission ergänzt.

Frankfurt a. M. Nach Ablehnung jeglicher Verhandlungen auf unsere eingereichten Forderungen beschloß eine Mitgliederversammlung am 23. Juli, den Unternehmern bis 26. Juli ein Ultimatum zu stellen, ob sie in Verhandlungen einzutreten gewillt sind. Da weder das eine noch das andere der Fall war, ja die Firma Osterrieth einem unserer Kollegen als Betriebsratsmitglied noch erklärte, daß diesmal unumwiderrlich die bisherige Wirtschaftsbeihilfe das letztemal gezahlt würde, waren sich alle klar, daß nach diesem Übergeben würden. Am 27. Juli fand eine Versammlung statt, wie sie Frankfurt bisher noch nicht gesehen hat. Großer und kleiner Saal nebst Galerien des Gewerkschaftshauses waren überfüllt. Nach stürmischer, aber doch sachlicher Debatte wurde mit 576 gegen 15 Stimmen der sofortige Streik beschlossen. An der hierin zum Ausdruck kommenden Erbitterung haben ganz besonders die Buchdruckereibesitzer betragen, deren tarifreuer Kreisvertreter ein Rundschreiben herausgab, worin gesagt ist, daß nur Stundenlöhne gelten und die Feiertage nicht mehr bezahlt werden. Und jetzt wird fortgesetzt gedroht, die Wirtschaftsbeihilfe nicht mehr zahlen zu wollen, in einer Zeit, wo die Leuerungswelle wieder mächtig einsetzt. Alle Geduld hat ein Ende und so kam, was Kundige schon lange beobachten konnten. Der Geschäftsgang ist ein sehr guter. Die Solidarität der graphischen Arbeiterschaft ist eine gute. Und so kann der Erfolg für die Arbeiterschaft nicht ausbleiben.

Offenbach a. M. Eine für die in Steindruckereien beschäftigten Kolleginnen geführte Lohnbewegung

zeitigte folgendes Resultat: Es erhalten Arbeiterinnen bis 17 Jahre 6 Mt., bis 21 Jahre 12 Mt., über 21 Jahre 16 Mt. Zulage pro Woche mit Wirkung ab 1. August. Die tariflichen Mindestlöhne betragen somit für Buchbinderarbeiten, Prägerinnen und Stanzerinnen:

Im Alter bis	Ungeübte im ersten Berufsjahre Mt.	Gewübte nach dem ersten Jahre Mt.
bis 16 Jahren	88,—	122,—
" " " 17 "	98,—	124,—
" " " 18 "	110,—	138,—
" " " 21 "	126,—	151,—
" " " 24 "	132,—	160,—
Über 24 Jahre	135,—	163,—

Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand erhalten 5 Mt. mehr. Die Vereinbarung gilt bis Ende September. Tritt eine wesentliche Veränderung der Leuerungsverhältnisse nicht ein, so läuft sie bis Ende November. Die Buchbinder erhalten bereits seit 2 Jahren den Lohn der Steindruckerei und beträgt dieser einschließlich eines Ortszuschlags 282 Mt. pro Woche.

Wolfenstein bei Annaberg. „Noch ist ja die schöne, die blühende Zeit, noch sind die Tage der Rosen! So könnten die Arbeiterinnen der Firma Harry Grünert, Kartonnagenfabrik, hier, Bahnhofstraße, singen, denn diesen Leuten geht es von einem Lohnstag zum anderen „besser“. Ueber 21 Jahre alte Arbeiterinnen, die nach dem Tarif pro Stunde 2,35 Mt. zu erhalten haben, bekommen nur einen Stundenlohn von 1,85 Mt., im Aktord mitunter noch unter diesen Betrag. Leider ist natürlich ein größerer Teil der Arbeiterinnen nicht gewerkschaftlich organisiert; diese arbeiten den paar organisierten Leuten auf jede Art und Weise entgegen. Seit geraumer Zeit wird in diesem Betrieb ein systematischer Lohnabbau betrieben. Bei der jetzt stattgefundenen Lohnzahlung wurde den Arbeitern wiederum ein um 10 Prozent niedrigerer Aktordlohn zugemutet. Dann läßt der Chef die Arbeiter einzeln zu sich kommen und fragt, ob sie für das Geld arbeiten wollen — natürlich erst die Unorganisierten und mit Vorliebe die Jüngsten im Betriebe, die dann auch zusage. Die paar älteren und organisierten Leute kommen zuletzt daran, und ihnen wird dann gesagt: „Ich richte mich nach der Mehrheit, diese hat entschieden, daß sie für dieses Geld arbeitet, insfolgedessen müßt ihr es auch machen oder aufhören, oder ich melde der Stadt sofort, ihr hättet die Arbeit verweigert, damit ihr keine Unterstützung erhaltet.“ Ob der Herr Grünert gar keine Zeitung liest, daß er wüßte, wie gewaltig die Lebensmittelpreise anziehen, denn die Indexziffer der Lebenshaltung weist für Monat Juni eine ziemlich Zunahme gegen Mai auf. Außerdem ist doch die Brotpreiserhöhung kein Geheimnis mehr. Bei seinem Lohnabbau behauptet Herr Grünert immer, er arbeite vollständig ohne Verdienst und habe dabei die nötigen Geschäftsforgen; das ist wirklich bedauernswert. Von was mag dann der Herr Grünert seinen Lebensunterhalt bestreiten? Für die noch unorganisierten Arbeiterinnen wird es wirklich höchste Zeit, auch ihrerseits die Anmeldung zum Verband vorzunehmen. Oder wollen sie es erst so weit kommen lassen, daß sie wieder 12 Stunden arbeiten müssen für die Hälfte des jetzigen Stundenlohnes? Durch ihr bisheriges Verhalten unterstützen sie die Unternehmer und schädigen sich und ihre Berufscollegen in Annaberg, denen man immer sagt: „In Wolfenstein werden die Schachteln viel billiger gemacht!“ Heraus aus dem Schlaf und dem Unternehmer die Stirn geboten!

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 8. August bei der Verbandstasse ein von: Guben 1000,— Mt., Cottbus 2344,60 Mt., Gau Schleifen 30 000,— Mt., Lübeck 1009,30 Mt., Rüstingen-Wilhelmshafen 598,77 Mt., Halberstadt 2000,— Mt., Ludenwalde 5400,— Mt., Neuruppin 600,— Mt., Braunschweig 5073,25 Mt., Detmold 2530,55 Mt., Bochum 2100,— Mt., Duisburg-Ruhrort 2000,— Mt., Essen 7000,— Mt., Gummersbach-Ründeroth 2500,— Mt., Neheim 1600,— Mt., Aachen 5500,— Mt., Rainz 3000,— Mt., Saarlouis —,— Mt., Schleiz 2900,— Mt., Aue im Erzgeb. 2100,— Mt., Plauen 2500,— Mt., Lahr 17 000,— Mt., Trossingen 11 000,— Mt.

J. B. Wilh. Greve.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Neuruppin. B.: E. Nagel, Karstr. 18; K.: B. Zinnow, Rosenstr. 5.

Rudolstadt. B. u. K.: H. Wechsung, Baumgarten 5.

ANZEIGEN

Züchtige, selbständige Einzierer
auf F. & T.-Maschinen gut eingearbeitet, für Lager- und Sonderanfertigungen sofort gesucht. Restvergütung, Wohnung wird vermittelt. Angebote mit Lohnforderungen, Zeugnissen und frühestem Eintrittstermin an
Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund, Geschäftsbüchereifabrik.

Grüne u. blaue Berufschürzen, welche Buchbinder-gewerbe viel gebrauchen werden. Letzt in erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen à Mt. 23,— d. Stck. an Wittigleb. b. Ztg.
A. C. Volk Berufschürzenfabr. Stuttgart
Wolffstr. 77, Tel. 2355
Bestell. durch d. Jobststellen erb. Einzelverkauf erg. Nachnahme.

Wiril Klebstoffe

sind Allen voran
Klebstoffe für jeden Zweck: Kautschuk - Büroleime - Kleister - Knochen- und Lederleime.
Chem. Techn. Werke Wilybald Richter
Querstr. 4-1 Leipzig Querstr. 4-1
Tel. 3049, 11248.
Zur Messe: Zeislingshaus, I. Obergeschöß, Std. 74/76.

Ich suche einen wirklich tüchtigen **Fachmann aus der Kartonnagenbranche,** der exakt und zuverlässig arbeitet und auch neue Kräfte anlernen kann. Betreff. muß in der Herstellung von best. Kartonn. u. Ztg.-Mitteln durchaus erfahren sein und dem Personal als umsichtiger **Meister** vorstehen können. Eintritt sofort. Ausführliche Bewerbungen erb. an Exp. d. Bl. unter Nr. W. P. 3.

Leipziger Herbst-Messe - 1921

Leim Scheidemandel-Konzern

Technische Messe: Halle B Stand Nr. 736, 737, 739

Her mit dem Graphischen Verband.

Mit immer steigender Energie nimmt die Konzentration der Industrie ihren Lauf. Bereits riesengroße Unternehmungen vereinigen sich oder schließen sich in Trusts und Kongerne zusammen, um den Weltmarkt zu beherrschen. Andere vereinigen sich in Arbeitgeberverbände, um sich behaupten zu können und die Geschäftskosten, zu denen selbstverständlich die Arbeitslöhne in erster Linie gehören, zu verringern. An und für sich müssen wir diesen Lauf der Dinge begrüßen. Je mehr sich die Betriebe konzentrieren, mit desto größerer Schnelligkeit verwandelt sich die privatwirtschaftliche Produktion in die gemeinwirtschaftliche (sozialistische). Natürlich, eine Lehre hat die Arbeiterklasse daraus zu ziehen: Der Konzentration des Kapitals muß die der Arbeit entgegengesetzt werden. Und mit Freude können wir feststellen, daß die Lösung der Gegenwart der Industrieverband ist und auch dieser wieder seine Vereinigung findet in dem heutigen allumfassenden Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir sehen heute den Industrieverband in der Metall- und Holzindustrie usw., desgleichen strebt die Bauindustrie und die Bekleidungsindustrie nach diesem Ziel. Es ist darum wirklich an der Zeit, auch im graphischen Gewerbe zu diesem Ziel zu gelangen. Die Vorbereitungen und die Not der Zeit drängen auch hier dazu. Ein reiches Kapital schafft große, das gesamte graphische Gewerbe umfassende Etablissements und wenn auch schließlich, gemessen an der Größe der Maschinen- und chemischen Fabriken, diese Größe nicht erreicht ist, so wird ein weiteres Jahrzehnt uns in Erfreuen setzen. Das poligraphische Unternehmen der Zukunft wird sicher in vielen Fällen die Papier-, Karton- und Pappfabrikation einschließen.

Warum aber, so fragen wir uns, ist es gerade in der graphischen Industrie mit seinen alten, festgefühten Arbeiterorganisationen so schwer gewesen, den Industrieverband zu verwirklichen? Zunächst einmal liegt dieser Widerstand in der Entstehungsgeschichte der graphischen Gewerkschaften. Wenn ich mit einigen Sätzen darauf eingehen will, so liegt es mir fern, Kontroversen heraufzubeschwören. Die Buchdrucker haben nicht nur die älteste graphische, sondern überhaupt die älteste Arbeiterorganisation. Noch heute ist sie in vielen Beziehungen eine vorbildliche. Die strikte Zentralisation, die guten Klassenverhältnisse und das vorbildliche Unterstufungswesen haben eine fast lückenlose Organisation (90 Proz.) der Berufsangehörigen ergeben. Die graphische Industrie hat am meisten unter dem Kriege gelitten und 100 aequi 1 ist zu wetten, daß andere Arbeiterschichten sich nicht so gehalten hätten. Aber das Alter der Organisation birgt auch eine Schwachstelle. Der Buchdruckerverband ist auch heute nur *Chiffren* organisiert und hält mit Strenge an diesem System fest. Es ist ganz klar, daß dies ein Hindernis für den Gedanken des Zusammenschlusses in der graphischen Industrie ist. Der große Buchdruckerstreik von 1891/92 ging verloren, erstens weil man Militär zum Streikbruch preßte und weil das Hilfspersonal fast nicht organisiert war. Auch die Buchdruckeropposition hat an diesem System nicht geändert. Nicht die Tarifgemeinschaft, sondern der erwähnte Mißstand war schuld an der Niederlage. Allerdings darf nach meiner Ansicht die Tarifgemeinschaft nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein. Ist der Tarif schlecht, dann muß man eben diesem gegenüber ein Gegner sein. Nun, die harten Taktiken haben ja Wandel geschaffen. In der Form des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes ist mit Hilfe der graphischen Verbände eine gute Organisation geschaffen und die Ideen der Opposition, soweit sie an sich berechtigt waren, sind zum Durchbruch gekommen. Die Entwicklung der Organisation unserer Schwäger vom Stein hat neben manchem Gemeinsamen doch auch einige abweichende Momente. Beide sind Gehilfenorganisationen und haben eine gute Finanzabbarung sowie ein ausgebreitetes Unterstufungswesen. Wenn nun aber die Buchdrucker viellecht etwas zu stark zentralisiert waren und ihre Tarifgemeinschaft etwas zu sehr erstickt ist, ist bei den Steindruckern die Zentralisation weniger fest gewesen. Lange Zeit war man einem Reichstarif abhold. Allerdings liegt dies auch an der abnehmenden Haltung des Fabrikantenverbandes. Heute noch ist eine Gegnerschaft gegen den Reichstarif vorhanden. Als ein Fortschritt ist zu verzeichnen die Aufnahme von weiblichen Mitgliedern. Demgegenüber ist nun unser Verband von Anfang an eine allumfassende Arbeiterorganisation. Wir haben gelernt und ungeleert Arbeiter und schon seit fast 30 Jahren Arbeiterinnen aufgenommen. Das lag eben im Gewerbe. Entgegen der Buch- und Steinindustrie ist schon lange im Buchbinderergewerbe die Maschine in mannigfaltiger Art eingesetzt. Die Arbeit wurde spezialisiert, eine Zerlegung in mechanische Teilarbeit macht die Organisation der Hilfsarbeiter zum Gebot. Allerdings waren auch in den Anfangsjahren Meinungen laut, eine reine Gehilfenorganisation zu

schaffen. In Anerkennung dieser wirtschaftlichen Tatsachen aber konnte diese Richtung einen namhaften Einfluß nicht gewinnen. Für den werdenden graphischen Industrieverband gilt es nun, die Vorzüge aller Gruppen in einer glücklichen Ehe zu verbinden.

Gerade aus diesem Umstände heraus bin ich stets für eine Vereinigung der Buchbinderkrankenliste mit dem Verband eingetreten. Unsere Schwäger vom Stein sind uns damit vorausgegangen. Allerdings hatten auch sie Geburtswehen, und zwar mit der Dreiteilung der Kasse und dem System der Halbmittelglieder zu überwinden. Gestehe mir es uns, unsere Krankenunterstützung ist mangelhaft und bedarf einer radikalen Gefundungsstür. Mit Interesse und mit großer Sympathie habe ich die Gegenargumente des Vorstehenden der Zentralkrankenliste gelesen. Es scheint also das harte Wort „zu spät“ zuzutreffen. Aber in einem gebe ich doch mit Kollegen Zinke einig: Die Konzentration in der Erbschaftsfrage ist dringend geboten. Aber gerade für die Verhältnisse im graphischen Gewerbe würde meinem Gedanken der Vorzug zu geben sein, weil wir uns in den Unterstufungsfragen den beiden Gehilfenorganisationen nähern und den graphischen Hilfsarbeitern sowie den Arbeiterinnen beider Verbände diese als Zuschußkasse geöffnet werden könnte. Stets war ich ein begeisterter Anhänger des Unterstufungswesens. Sobald die Mitglieder in der Not im Verband einen Helfer finden, hebt sich die Beständigkeit. Der Geist der Brüderlichkeit hat Weltreligionen geschaffen, derselbe Geist baut Gewerkschaften und darüber hinaus eine neue Gesellschaft.

Und nun zu den Zukunftsaufgaben des graphischen Verbandes. Für mich war das Erscheinen unserer Betriebsratzeitung so recht eine Pfingstfreude. Aber wir müssen weitergehen. Es gilt zunächst, dem Bund eine gewerkschaftlich-gesetzliche Grundlage zu geben. Er darf kein gehäffertes, unmündiges Kind bleiben, sondern muß zum Mann werden. Er muß aus einem untergeordneten zu einem übergeordneten Institut werden. Um die Reichstareife zu vereinheitlichen, um die Durchführung streng überwachen zu können und das wirtschaftliche Rüstsystem in der graphischen Industrie aufzubauen, gilt es, eine reale Macht zu schaffen. Sympathieerklärungen sind schön, aber nutzlos. Wir müssen eine gemeinsame Bundestasse schaffen, aus der die Lohnkämpfe finanziert werden. Ein wichtiges Kapitel ist die Agitation. In Verwaltungsstellen oder Bezirken, wo die einzelne Organisation zu schwach ist, müssen wir zu Bundesangestellten kommen. Ich denke hier vor allem an das isolierte Ostpreußen. Vereinigte Kraft ist in unserm Falle eine vervierfachte Kraft. Es gibt sozial Verwaltungsstellen, wo die einzelne Organisation 200—300 Mitglieder aufweist. Hier ist ein Bundesangestellter am Platze. So werden wir nach und nach zur Uebernahme der Angestellten durch den Bund kommen.

Freilich in der Vereinheitlichung des Unterstufungswesens wird es noch manche Nuß zu knochen geben. Aber auch hier könnte ich einen Fortschritt zeigen. Und zwar darin, wenn der Wille gefunden wird, zunächst den Buchdrucker- und den Steindruckerverband, sowie unsern Verband mit dem der graphischen Hilfsarbeiter zu vereinigen. Ich habe Ausführungen gemacht, welche die ähnlichen Verhältnisse bargelegt haben. Beitrag, Unterstufungseinrichtungen und die Organisation gelehrter Arbeiter sind gegeben. Die etwaigen Differenzen müssen geglättet werden. Druckereibuchbinder und -arbeiterinnen sind kaum zu trennen von den übrigen graphischen Hilfsarbeitern. Auch hier könnte die Verschmelzung der allgemeinen Einschmelzung vorangehen. Durch diese Vorarbeit wird die Umwandlung aus dem Föderationsverband zum Zentralverband erleichtert werden können.

Aber es sind Anzeichen vorhanden, den Rahmen des Graphischen Verbandes zu erweitern. Der Zentralverband der Angestellten hat sich anfänglich der bevorstehenden Verschmelzung mit dem Verband der Buchhandlungsangestellten bereit erklärt, mit dem Graphischen Bund in ein Industriekartell einzutreten. Es liegt ja schließlich auf der Hand, daß auch für die Angestellten die Konjunktur mit den Arbeitern ausgenutzt werden muß. Daß auch die Wertmeister sich diesem Kartell anschließen müßten, heißt offene Türen einrennen. Es ist endlich an der Zeit, mit dem Märchen der Mittlerrolle zwischen Unternehmer und Arbeiter aufzuräumen. Die Tatsache, daß bereits ein starker Wertmeisterverband den freien Angestelltenverbänden angeschlossen ist, zeigt, daß die Verhältnisse erkannt werden. Wo es möglich ist, treten auch die Fabrikanten den Wertmeistern als Ausbreiter gegenüber auf. Die Angestellten sind oft noch abhängiger, da für sie ein Stellungswechsel schwerer ist. Eine feste Kartellierung, die am besten zu einer Einschmelzung führen sollte, ist mit den Arbeitern der Papiererzeugung notwendig.

Noch einiges zur theoretischen und prinzipiellen Seite. Der neue Verband hat auf dem Boden des Reichstaries zu stehen. Über der Reichstareife darf

nicht Selbstzweck werden. Die Tarifpolitik soll ein Stützpunkt sein in dem harten Existenzkampf der Arbeiterklasse, sie darf aber keinesfalls ein Schlachtopfer werden, auf dem der Befreiungskampf der Arbeiter verschlafen wird. Sie kann und muß die Arbeiter befähigen, mitbestimmend auf das Arbeitsrecht zu wirken, sie muß ihn schulen, Einblicke in die Wirtschaft zu gewinnen, um das absolute Regiment des Wirtschaftsbetriebes zu einem konstitutionellen umzuformen. Das Endziel muß die Sozialisierung, die Umgestaltung der Gesellschaft sein. Aber schädlich würde die Tarifpolitik sein, welche im Tarifvertrag einen Frieden und eine Harmonie mit den Arbeitgebern erblickt. Und mit besonderer Freude lese ich in den Satzungen des Buchdruckerverbandes, daß er die Gemeinwirtschaft (Sozialismus) erstrebt. Meine gewerkschaftliche Lebensanschauung habe ich besonders aus Buchdruckerverhältnissen geschöpft. Die beiden Antipoden Rehhäuser und Arthur Galsch haben eigentlich beide recht gehabt. Jeder in seiner eigenen Art. Im Endziel sind beide zusammengekommen. Rehhäuser erstrebt die Gewerkschaftspartei und Galsch die Partei-gewerkschaft. Ob wir nun die Partei oder die Gewerkschaft als das Höhere erachten, das gemeinsame Ziel muß sein, die Vereinigung von Partei und Gewerkschaft, dem ich noch die Genossenschaft beifügen will, zustande zu bringen. Nicht die Dreieit, sondern die Einheit der Arbeiterbewegung sollte unser Ziel sein. Eine menschenwürdige Existenz der Kollegen-schaft gilt es zu erkämpfen. Sie ist die Vorbedingung für den Kulturaufstieg, die es den Gewerkschaften ermöglicht, die Aufbauorganisation der neuen Gesellschaft zu werden. Der Graphische Industriearbeiterverband wird für unsere Industrie das Schiff sein, das uns in das Land der Zukunft führen wird, von dem der Trompeter der Revolution singt:

O schönes Land der neuen Erde,
Wo die Freiheit wohnt und das Recht,
Wo kein Armer töhnt und kein Knecht,
Wo sich selber Hirt ist die Herde.

Pflicht aller Kollegen beiderlei Geschlechts ist es, das Schiff jezeitlich zu machen, dafür zu sorgen, daß die Organisation eine allumfassende ist. Darum her mit dem Graphischen Industrieverband!

Offenbach.

Ernst Galsch.

Taristreu über alles!

Das ist die Lösung, die von den Wortführern unserer Unternehmungen bei jeder ihnen günstig erscheinenden Gelegenheit, bei Verhandlungen und anderswo, immer in den Vordergrund gerückt wird. Zumal die berufsmäßigen Vertreter der Unternehmer gefallen sich darin, im Sinne der Parolen des Industriellenverbandes mit Argusaugen darüber zu wachen, daß auch nicht die kleinste Betriebsdifferenz gebildet wird. Wenn aber die Arbeiterschaft einmal die Geduld verliert und die Arbeit ruhen läßt, dann sind die genannten Wächter schnell bereit, dies als einen Bruch des Tarifes in Grund und Boden zu verurteilen und die „unschuldigen“ Unternehmer noch als solche unter ihre Fittiche zu nehmen, die immer ein warmes Herz für die Not der Arbeiterschaft bewiesen hätten. Nur die Unkorrektheit der „noch nicht zur Taristreu erzeugten Arbeiterschaft“ ist immer das Karneval. Dann hat man nichts Eiligeres zu tun, als bei unserem Verbandsvorstand Beschwerde gegen die „Tarifbrüchigen“ anzubringen und diesen zu veranlassen, daß zunächst wieder die Arbeit aufgenommen wird. Außerdem hagelt es noch Drohungen: „Wenn das noch einmal passiert, dann müssen wir es uns das nächste Mal noch überlegen, ob wir mit euch weiter abschließen!“

Verbandsvorstand und Zahlstellenleitungen haben gewiß die redliche Absicht, das Vereinarbeit nicht zu durchbrechen, raten von Umständen ab, auch wenn die Aufregung unserer Mitglieder zu verstehen ist und heißen eotl. Ausständige wieder in den Betrieb geben, um auf dem Verhandlungswege das Ungerechte zu beseitigen. Hierbei mitzuhelfen scheint sich aber die andere Spitzenseite nicht sonderlich zu beeifigen. Daß aber dieses Abwimmeln der Aufgebredenen und das Betrüben auf Verhandlungen sich als Schutzschirm für die den Tarif nicht einhaltenden Firmen auswärts, sollte mit allen Mitteln von unseren Tarifinstanzen bekämpft werden, sonst wirkt der Tarif in diesem Punkt als einseitige Fessel für die Arbeiterschaft. Mit Recht kann unsere Kollegenverbände schnell zur Stelle sein, wenn es sich um Verstöße von Unternehmern handelt.

Schreiber dieses hat schon viele Klagen gehört, daß sich Unternehmer recht viel Zeit lassen, wenn sie ihren tariflichen Verpflichtungen nachkommen sollen. Ein ganz trasser Fall, der sich von direkter Sabotage nicht unterscheidet, soll hier ausnahmsweise zur Sprache gebracht werden.

Die Firma Rehfeld u. Sohn in Dresden, die sich immer als Geschäftsbüchereifabrik bezeichnet und von Fachleuten hier nie als etwas an